



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 3

15. Februar 2005

ISSN 1437-6148

Der Plan Colombia: Kolumbien im Visier des Krieges gegen den Terror der USA in Lateinamerika

Maximilian Kurz / Wolfgang Muno

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 markieren auch in der Wahrnehmung und der Behandlung Lateinamerikas von Seiten der USA einen tiefen Einschnitt. Mit einem Schlag wurde die Einmischung in bewaffnete Konflikte anderer Länder wieder offen denkbar und salonfähig in Washington. Kolumbien ist ein Paradebeispiel für den außenpolitischen Wandel und die Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Der Plan Colombia, ursprünglich ein nationaler Entwicklungsplan im Rahmen einer Friedensstrategie zur Beendigung des Bürgerkrieges, wandelte sich durch den Einfluss der USA zunächst zu einem Instrument der Drogenbekämpfung nach dem 11. September und schließlich zu einem Eckpfeiler des Krieges gegen den Terror in Lateinamerika. Was Bill Clinton bei der Formulierung und Durchsetzung des Plan Colombia noch explizit verdeutlichen musste, nämlich dass die militärischen Hilfen nur für den Einsatz im Kampf gegen illegale Drogen benutzt werden durften, war für die Bush-Regierung nur noch von geringer Wichtigkeit. Der „Krieg gegen die Drogen“ (War on Drugs), der über die gesamten 90er Jahre hinweg und noch danach die Außenpolitik der USA gegenüber Kolumbien und der Region bestimmt hatte, wich einem neuen Bedrohungsszenario, dem „Krieg gegen den Terror“ (War on Terror).

Die Problematik vor dem 11. September: Drogen- und Bürgerkrieg in Kolumbien

Getrieben von einem Boom in den USA stieg die weltweite Nachfrage nach Kokain während der 70er Jahre rapide an. Im Verlauf der 80er und 90er Jahre entwickelte sich Kolumbien so kontinuierlich zu einem der führenden Kokainproduzenten der Welt. Es entstanden große Drogenkartelle, die den Markt untereinander aufteilten. Die bekanntesten dürften wohl das Cali- sowie das Medellín-Kartell gewesen sein, die jeweils nach der zweit- bzw. drittgrößten Stadt in Kolumbien

benannt waren. Unter der Federführung der USA setzte mit Beginn der 90er Jahre eine verstärkte Verfolgung dieser Kartelle ein. Vorausgegangen waren eine Intensivierung des Terrors und ihr Versuch, sich zunehmend in das politische Geschehen einzumischen. Pablo Escobar, der wohl bekannteste Vertreter des Medellín-Kartells und gleichzeitig eine Symbolfigur des Drogengeschäfts in Kolumbien, wurde am 2. Dezember 1993 von Sicherheitskräften erschossen.

Bis 1995 wurden die beiden großen Kartelle weitgehend zerschlagen. Diese von den Vereinigten Staaten unterstützte *Kingpin*-Strategie (also

die Beseitigung der charismatischen Anführer mit dem Ziel des anschließenden Zerfalls des Kartells) führte jedoch nicht, wie eigentlich gewünscht, zu einem Zusammenbruch der Drogenproduktion und des Drogenhandels, sondern zu einer weitgehenden Zersplitterung und Atomisie-

rung dieses profitablen Geschäfts. Aus dem greifbaren Gegner in Form der großen Kartelle wurde so ein sehr viel schwerer zu bekämpfendes und zu kontrollierendes Phänomen (Crandall 2001: 20ff.).

Tabelle 1: Ausgewählte sozioökonomische Zahlen Kolumbiens (1988-2003)

	1988	1995	1999	2003
Einwohnerzahl (Mio.)	33,6	38,6	41,5	44,4
Wachstumsrate der Einwohnerzahl pro Jahr in %	2,0	2,0	1,8	1,5
Wachstumsrate des BIP pro Jahr in %	4,1	5,2	-4,3	3,7
Armutsrate in % (nationale Armutsgrenze)	65	60	64	n.v.

Anmerkung: n.v. = nicht verfügbar.

Quelle: Worldbank 2002: 2, Worldbank World Development Indicators Online; Worldbank (2002): Colombia Poverty Report. Weltbank, März 2002.
<http://wbln0018.worldbank.org/LAC/lacinfoclient.nsf/Category/By+Category/CD4D7BAB40AAEDFE85256BA300696FAA?OpenDocument> (abgerufen am 11.10.2004).

In der Folgezeit stieg die Beteiligung der Bürgerkriegsparteien FARC, ELN und AUC (s. Kasten) am Drogengeschäft stetig an. Die so erschlossenen Finanzquellen führten gegen Ende der Amtszeit von Ernesto Samper zu einer Verschärfung des bewaffneten Konflikts. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten befanden sich während dieser Zeit zudem auf einem Tiefpunkt. Dies war hauptsächlich durch den amtierenden Präsidenten Ernesto Samper ausgelöst, der unter dem Verdacht stand, seinen Wahlkampf mit finanzieller Unterstützung des Cali-Kartells bestritten zu haben, was zu enormen Verstimmungen in den Beziehungen zwischen Bogotá und Washington führte. Zusätzlich hatten die Erfolge der von den Vereinigten Staaten angeführten Drogenbekämpfung in Peru und Bolivien zu einer weiteren Verlagerung des Drogenanbaus nach Kolumbien geführt. Im Jahr 1998 stammten ca. 80% des in Europa und den USA konsumierten Kokains aus dem Andenstaat. Zusätzlich hatte auch der Anbau von Schlafmohn zur Herstellung von Heroin stetig zugenommen. Zur Krise der inneren Sicherheit und der politischen Situation war außerdem eine handfeste ökonomische Rezession hinzugegetreten. Insgesamt befand sich Kolumbien 1998 daher in der schwersten Krise seit den 30er Jahren (Crandall 2001: 33ff.).

Die kolumbianischen Präsidenten seit 1990

1990-1994: *César Gaviria Trujillo* (Liberal)
 1994-1998: *Ernesto Samper Pizano* (Liberal)
 1998-2002: *Andrés Pastrana Arango* (Konservativ)
 2002-heute: *Álvaro Uribe Vélez* (Parteilos)

In dieser schwierigen Situation wurde im Jahr 1998 Andrés Pastrana zum neuen Präsidenten gewählt. Seinen Wahlkampf hatte er hauptsächlich mit dem Versprechen bestritten, sobald wie möglich Friedensverhandlungen mit der Guerilla zu beginnen. Nachdem er gewählt war, machte er sich daran, dies in die Tat umzusetzen. Für die Vereinigten Staaten stellte der Wechsel an der Spitze in Bogotá eine gute Gelegenheit dar, ihre nur mäßig erfolgreiche Anti-Drogenpolitik zu überprüfen und zu überarbeiten. Tatsächlich konnten in den 90er Jahren zwar die Kartelle zerschlagen werden, dies hatte jedoch nur wenig Einfluss auf das Angebot an Kokain aus Kolumbien – die Fläche des angebauten Kokas nahm nach 1995 sogar stetig zu.

Präsident Pastrana hatte schon während seines Wahlkampfes seine Unterstützung für die US-Anti-Drogenpolitik zugesichert, die über die gesamten 90er Jahre hinweg den Hauptfokus der Außenpolitik der USA gegenüber Kolumbien gebildet hatte. Für ihn war die Drogenbekämpfung jedoch eher ein Nebenprodukt des Friedensprozesses, den er initiieren wollte. Seine Überlegung war, dass sobald ein Frieden mit den aufständischen Gruppen geschlossen sein würde, diese bei der Umsetzung alternativer Entwicklungsprojekte für die Koka-Bauern in ihren Gebieten äußerst hilfreich sein könnten. Als Zeichen seines guten Willens übergab Pastrana der FARC am 7. November 1998 eine entmilitarisierte Zone von der Größe der Schweiz im Südosten Kolumbiens (die so genannte *Despeje*) und versprach die konsequente Verfolgung der Paramilitärs. Nach den Verstimmungen der Amtszeit Sampers

und der nur mäßig erfolgreichen Drogenbekämpfung der vergangenen Jahre fand diese Strategie anfangs die Unterstützung Washingtons. Zwar hatte es vorher schon sondierende Gespräche gegeben, jedoch wurde der offizielle Beginn der Friedensgespräche auf Anfang 1999 festgesetzt (Crandall 2002: 161; Godoy 2003: 4ff.).

Der Bürgerkrieg und seine Gruppen

Seit nunmehr 40 Jahren tobt in Kolumbien ein blutiger Bürgerkrieg. Alle Gruppen können dabei für verschiedenste Grausamkeiten und Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht werden. Die drei größten Gruppen sind die FARC, der ELN und die AUC.

Die FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia; dt.: Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens*) existiert bereits seit 1964 und war ursprünglich der militärische Arm der Kommunistischen Partei Kolumbiens. Die aktuelle Zahl der Kämpfer liegt bei ca. 18.000. Sie bildet so die größte der drei Gruppen. Ursprünglich als bäuerliche Bewegung zur Landreform und zur Beseitigung der sozialen Missstände in Kolumbien angetreten, kann mit der zunehmenden Verstrickung in das Drogengeschäft ein Verschwinden der Ideologie beobachtet werden.

Der kleinere ELN (*Ejército de Liberación Nacional; dt.: Nationale Befreiungsarmee*) existiert seit 1964 und hat ebenfalls einen marxistisch-kommunistischen Hintergrund. Er wurde maßgeblich von der kubanischen Revolution unter Fidel Castro beeinflusst und rekrutiert im Gegensatz zur FARC seine Mitglieder aus eher mittleren bis höheren Bildungsschichten. Mit ca. 3.500 bis 5.000 Mitgliedern ist er die kleinste der drei Gruppen.

Die AUC (*Autodefensas Unidas de Colombia; dt.: Vereinigte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens*, oft einfach Paramilitärs) ist eine Dachorganisation für paramilitärische Gruppierungen und wurde 1983 ins Leben gerufen. Sie fasste die zersplitterten paramilitärischen Gruppen, die als Reaktion auf die linksgerichteten Guerilla-Gruppen von Großgrundbesitzern zu ihrem Schutz gegründet worden waren, unter einer Flagge zusammen. Die Paramilitärs operieren oftmals unter Duldung oder mit Unterstützung des kolumbianischen Militärs. Obwohl alle Parteien Menschenrechtsverletzungen begehen, haben die Paramilitärs einen Ruf der besonderen Brutalität. Ihre Zahl wird aktuell auf ca. 12.000-20.000 Kämpfer geschätzt.

Alle drei Gruppen sind in das Drogengeschäft verstrickt und finanzieren sich teils über „Steuern“ von den Koka-Bauern. Aktuell befinden sich immer noch ca. 40% der Fläche Kolumbiens unter der Kontrolle der aufständischen Gruppen. Da FARC und ELN immer wieder Entführungen zur Finanzierung einsetzen, ist Kolumbien heute das Land mit den meisten Entführungen weltweit (zwischen 1997 und 2003 wurden ca. 20.000 Menschen verschleppt). Mehr als 2 Millionen Menschen sind bisher geflüchtet oder vertrieben worden. Obwohl die Mordrate zurückgegangen ist, bleibt Kolumbien mit rund 23.000 Morden pro Jahr (2003) eines der gewalttätigsten Länder der Welt.

Quellen: País Libre; CIP Colombia Project.

Der Plan Colombia: Vom Friedens- und Entwicklungsplan zum Drogenbekämpfungsplan

Der ursprüngliche Plan Colombia war von Pastrana als Teil des Friedensprozesses gedacht und stellte eine umfassende Entwicklungsstrategie für den ökonomischen und sozialen Bereich dar. Dabei zielte er insbesondere auf eine Verbesserung der Situation der vom gewaltsamen Konflikt am meisten betroffenen Gruppen ab. Er sollte eine Art Marshall-Plan für Kolumbien sein, und tatsächlich wurde er anfangs auch so genannt – der endgültige Name „Plan Colombia“ entwickelte sich erst im Verlauf seiner weiteren Formulierung.

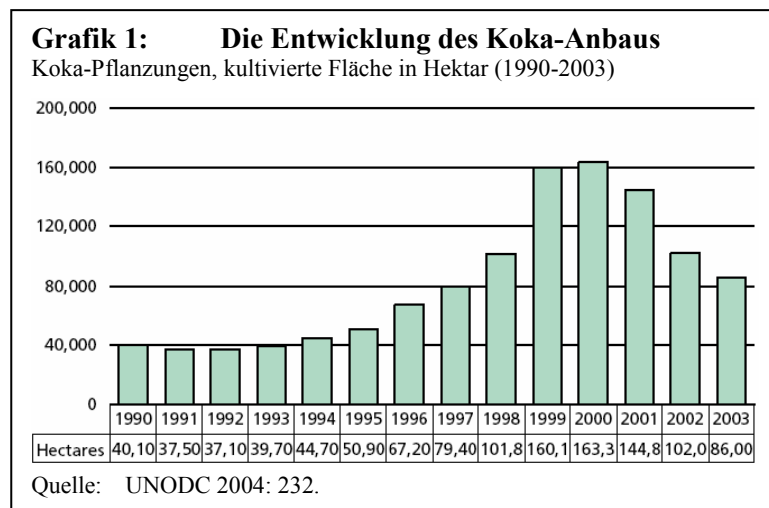
Die erste Version wurde im Dezember 1998 von Pastrana vorgestellt und integrierte sich vollständig in seine Friedensstrategie. Der Plan verfolgte zwei Hauptziele: Die Unterstützung und Begleitung des Friedensprozesses sowie das Sammeln von internationaler Unterstützung. Der zweite Punkt war von besonderer Bedeutung. So sollte die internationale Gemeinschaft nicht nur bei der Finanzierung helfen, sondern auch bei den mit Sicherheit komplizierten Verhandlungen mit den aufständischen Gruppen vermitteln. In dieser Version gab es kaum Bezüge zu illegalen Drogen oder deren Bekämpfung. Referenzen hierzu wurden insbesondere nur deshalb gemacht, um sich die Unterstützung der Vereinigten Staaten für den Plan zu sichern. Auch die aufständischen Gruppen wurden dazu eingeladen, sich aktiv an der Umsetzung des Plans zu beteiligen (Godoy 2003: 4ff.).

Nach den schlechten Beziehungen zwischen den USA und Kolumbien während der Amtszeit Ernesto Sampers kam aus Washington anfangs breite Unterstützung für die Friedensstrategie. Im Dezember 1998 traf sich ein Abgesandter der Regierung Clinton mit einem ranghohen Vertreter der FARC-Guerilla in Costa Rica um Verhandlungen zu führen. Diese Haltung änderte sich jedoch im Verlauf des Jahres 1999.

Schon zum offiziellen Beginn der Friedensgespräche zwischen der Regierung und der FARC am 7. Januar 1999 erschien deren Anführer Manuel Marulanda nicht. Wenige Tage später brach die AUC den Waffenstillstand, der über die Weihnachtsferien ausgerufen worden war, und tötete bei Massakern an der Zivilbevölkerung rund 160 Menschen. Als Reaktion darauf froh die FARC einseitig die Friedensgespräche bis zum 20. April ein und forderte ein härteres Vorgehen gegen die Paramilitärs. Zudem entführten sie am 25. Februar drei US-Menschenrechtler, die mit

einem Stamm von Eingeborenen in der nordöstlichen Provinz Arauca zusammengearbeitet hatten. Wenig später wurden die Leichen der drei US-Bürger entdeckt, und die FARC schloss jegliche Möglichkeit einer weiteren US-Vermittlung aus. Um einen größeren Einfluss am Verhandlungstisch zu erhalten und um Druck für eine eigene entmilitarisierte Zone auszuüben, entführte der ELN am 12. April ein Flugzeug und nahm alle Insassen als Geiseln. Im Mai entführte schließlich die AUC einen Senator, um ebenfalls offizielle Verhandlungen mit der Regierung zu erpressen.

bekämpfung. Zudem setzte der neue Plan auf eine Entschärfung des Konfliktes durch die Zerstörung der Koka-Pflanzungen und damit einer Haupt-Einnahmequelle der Konfliktparteien. Dies stand im Gegensatz zur Position des ursprünglichen Plans, nach dem eine Vernichtung der Koka-Felder und eine alternative ländliche Entwicklung am besten in Zusammenarbeit mit den aufständischen Gruppen erreicht werden konnte. Aus dem essentiellen Teil des Friedensplans war somit ein militarisierter Anti-Drogen-Plan geworden (Godoy 2003: 11ff.).



Bis zur Jahresmitte 1999 war so die Gewalt insgesamt angestiegen, die Kämpfe und die Entführungen hatten sich intensiviert, die Fläche des angebauten Kokas war weiter gewachsen und die Friedensgespräche hatten keinerlei Fortschritte gemacht. Dies führte zu einem Sinneswandel in Washington. Dort sah man die Friedensstrategie Pastranas mehr und mehr als naiv an und forderte eine härtere Gangart im Umgang mit den aufständischen Gruppen. Die vorherrschende Ansicht war nun, dass Kolumbien langsam zerfiele und daher die Bekämpfung des Drogenanbaus im Vordergrund zu stehen hätte. Nach dem Willen Washingtons sollte der Friedensprozess nun die Bekämpfung der Drogen unterstützen und nicht mehr umgekehrt, so wie es Präsident Pastrana ursprünglich vorgesehen hatte (Crandall 2002: 162ff.).

Um sich auch weiterhin die Unterstützung der USA zu sichern, wurde nach Juli 1999 der ursprüngliche Plan Colombia in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten überarbeitet und schließlich die endgültige Version im September 1999 vorgestellt. Die Prioritäten waren radikal neu gesetzt und an die Wünsche der USA angepasst. Während der alte Plan hauptsächlich eine Komponente des Friedensplans war, fokussierte der Neue sich nun vollkommen auf die Drogen-

Die USA übten dabei nicht nur Druck zur Neusetzung der Prioritäten aus, sondern verfassten auch ganze Passagen komplett neu. Dies lässt sich an der Tatsache ablesen, dass es erst Monate nach der endgültigen englischen Version des Plans auch eine spanische gab (Crandall 2002: 163). Während Pastrana den endgültigen Plan als seine Idee darstellte, konnte Clinton so tun, als reagiere er lediglich auf die Anfrage einer befreundeten Demokratie, was ihm die politische Durchsetzung enorm erleichterte.

Die endgültige Version des Plan Colombia umfasste ein Finanzvolumen von insgesamt US\$ 7,5 Mrd. und war über mehrere Jahre angelegt. Davon sollten 4 Milliarden aus Kolumbien direkt und 3,5 Milliarden von der internationalen Gemeinschaft kommen.

Der Fokus des Plans lag dabei auf vier Kernbereichen: Überwindung des bewaffneten Konflikts, Drogenbekämpfung, Stärkung und Unterstützung der kolumbianischen Ökonomie sowie soziale Entwicklung und Stärkung der Institutionen (Crandall 2002: 163).

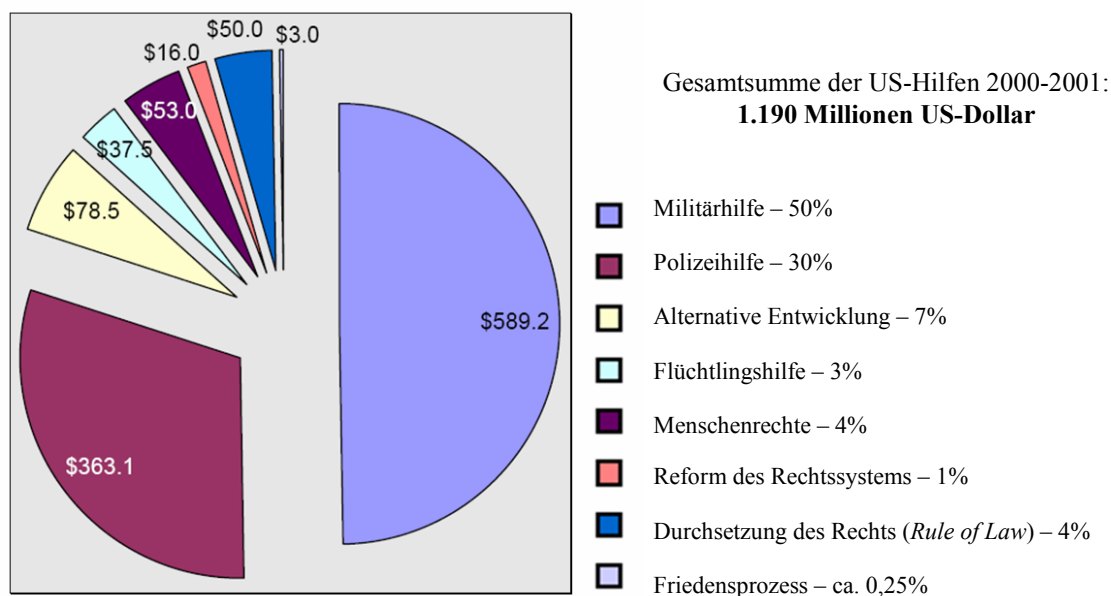
Der kolumbianische Teil von 4 Milliarden stellte dabei eine rein spekulative Summe dar, deren Schätzung auf den angenommenen Kosten des bewaffneten Konflikts beruhte. Des Weiteren war für den internationalen Anteil explizit eine Trennung zwischen den USA einerseits und Europa sowie Japan andererseits vorgenommen worden. Die Vereinigten Staaten sollten hauptsächlich Militärhilfe leisten, während Europa und Japan sich auf humanitäre Hilfen konzentrieren sollten. Die Unterstützung der Europäer und Japaner innerhalb des Plans blieb aber äußerst verhalten (Godoy 2003: 15).

Am 11. Januar 2000 kündigte Präsident Clinton die Unterstützung des Plans mit US\$ 1,6 Mrd. an. In den USA wurde diese Situation so dargestellt,

als sei Zeit ein wichtiger Faktor und die Umsetzung nur sofort möglich. Ohne großen Widerstand durch den Kongress wurden so im Juli 2000 letztlich 1,3 Milliarden für Kolumbien und weitere Andenländer bewilligt. Zusammen mit dem Anteil schon vorher geplanter Unterstützung für Kolumbien belief sich der Gesamtbetrag für die Jahre 2000-2001 insgesamt auf US\$ 1,19 Mrd. Kolumbien wurde damit nach Israel und Ägypten zum drittgrößten Empfänger von Militärhilfen der USA. Während Pastrana vorweisen

konnte, dass nur 25% der gesamten US\$ 7,5 Mrd. an die Sicherheitskräfte des Staates gingen, konnte Clinton eine umgekehrte Rechnung aufmachen: Rund 80% der US-Hilfen gingen an das Militär und die Polizei, während der Friedensprozess nur noch mit mageren US\$ 3 Mio. unterstützt wurde. Hier lässt sich offensichtlich das gewachsene Misstrauen in Washington über die Friedensinitiative Pastranas ablesen (Crandall 2002: 163ff.; Godoy 2003: 15).

Grafik 2: Der US-Anteil am Plan Colombia und seine Verwendung in Mio. US-Dollar



Quelle: <http://www.ciponline.org/colombia/aidcompare.htm> (11.10.2004); Eigene Übersetzung.

Für die Vereinigten Staaten war der Plan Colombia eine ideale Rechtfertigung für die Ausweitung des „Kriegs gegen die Drogen“, der seit geraumer Zeit die Unterstützung beider Parteien im amerikanischen Kongress genoss. Clinton erklärte die US-Unterstützung für den Plan zudem als ausschließlich auf die Drogenbekämpfung beschränkt. Er hatte gute Gründe dies zu tun: Alles, was nach einer Einmischung in den bewaffneten Konflikt ausgesehen hätte, hätte Erinnerungen an Vietnam wachgerufen und somit eine Durchsetzung erschwert. Der geringe Umfang der nicht für das Militär oder die Polizei vorgesehenen Hilfen stellte zudem einen kostengünstigen Weg dar, kritische Menschenrechtsgruppen oder Kongressabgeordnete ruhig zu stellen – schließlich konnte man darauf verweisen, dass nicht nur Militärhilfe geleistet wurde (Crandall 2002: 163).

Der weitaus größte Anteil der US-Hilfen im militärischen Bereich war für eine Ausweitung der Operationen zur Drogenbekämpfung im Süden Kolumbiens vorgesehen. Das US-Paket umfasste zu diesem Zweck die Lieferung von 60 Hubschraubern (42 *Hueys* und 18 *Blackhawks*) für die Sicherheitskräfte sowie die Einrichtung und das Training dreier Bataillone speziell zur Drogenbekämpfung. Zudem sollte die Besprühung der Koka-Felder massiv ausgeweitet werden. Als Einschränkung wurde die maximale Anzahl von US-Personal in Kolumbien auf 800 festgelegt: 400 Soldaten und 400 Angestellte der US-Regierung. Eine weitere Auflage war, dass die Helikopter und die Bataillone ausschließlich zur Drogenbekämpfung eingesetzt werden durften, nicht jedoch für Interventionen in den bewaffneten Konflikt.

Offiziell waren diese Hilfen außerdem an eine Zertifizierung des kolumbianischen Militärs durch das State Department im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte gebunden. Diese Zertifizierung konnte jedoch auf der Basis von „gefährdeter nationaler Sicherheit“ durch den US-Präsidenten übergangen werden (sog. *Waiver*). Wie sich herausstellen sollte, musste Clinton zur Freisetzung der Hilfen bereits im August 2000 den ersten *Waiver* unterschreiben, da das kolumbianische Militär bei seiner ersten Überprüfung in fünf von sechs Kategorien durchgefallen war (Crandall 2002: 165). In der Folge flossen die ersten Hilfen nach Kolumbien, und so konnte im Dezember 2000 schließlich das erste Feld unter der Flagge des Plan Colombia besprüht werden.

Die Unterstützung für den Plan durch die internationale Gemeinschaft blieb von Anfang an verhalten. Insbesondere die Europäer hatten den Eindruck, dass der Plan nur ein US-Anti-Drogenplan sei und seine Unterstützung die falsche Signalwirkung an die Kolumbianer aussenden würde. Dennoch wurde für die potenziellen Geberländer in Europa und Japan eigens eine neue Version des Plans verfasst, deren Fokus auf der alternativen Entwicklung der ländlichen Gebiete und im sozialen Bereich lag. Diese Version sollte ansprechender auf die zu überzeugenden Länder wirken.

Insgesamt gab es drei Treffen mit den internationalen Gebern: Das Erste in Madrid im August 2000, das Zweite im Oktober des gleichen Jahres in Bogotá und das Dritte im April 2001 in Brüssel. Bereits beim ersten Treffen stieß der Plan auf heftige Kritik von ebenfalls anwesenden Menschenrechtsgruppen und sozialen Bewegungen. Hauptkritikpunkte waren dabei die implizite Militarisierung des Konflikts, die Umweltschäden durch die Besprühungen sowie die erwartete Verschlechterung der Menschenrechtssituation. Zudem gab es große Bedenken darüber, dass eine Durchführung des Plans negative Konsequenzen für den laufenden Friedensprozess haben würde (Godoy 2003: 16ff.).

All dies spiegelte sich schließlich in der Summe der Unterstützung für den Plan wider: Aus Europa kamen insgesamt US\$ 321 Mio. an Zuschüssen. Dies war sehr viel weniger als das, was sich die Regierungen in Kolumbien und den USA erhofft hatten. Von dieser Summe gingen zudem 221 Millionen exklusiv an Projekte außerhalb des Plan Colombia. Dies führte zum Teil zu Konflikten. So wurde zum Beispiel im Süden des Landes ein Gebiet unter der Regie des Plan Colombia

besprüht, in dem gleichzeitig europäische Projekte zur alternativen ländlichen Entwicklung durchgeführt wurden (Godoy 2003: 18). Von den Vereinten Nationen kamen nochmals 131 Millionen an Unterstützung, die jedoch ohnehin vorgesehen waren und auch ohne den Plan Colombia geflossen wären. Norwegen steuerte weitere 20 Millionen zur freien Verwendung in- oder außerhalb des Plans bei. Schließlich erhielt Kolumbien noch US\$ 370 Mio. an Krediten (300 Millionen von internationalen Institutionen und 70 Millionen von Japan), die aber komplett zurückgezahlt werden müssen. So blieb die Gesamtsumme an direkter Unterstützung weit hinter der ursprünglich angestrebten Summe von US\$ 3,5 Mrd. zurück.

Schon bald nach seiner Einführung machte die Umsetzung des Plan Colombia erste Probleme. So konnte die versprochene Lieferung der Helikopter durch die USA erst später beginnen und würde nicht vor Ende 2002 oder Anfang 2003 abgeschlossen sein und läge damit also schon weit innerhalb der Legislaturperiode des nächsten Präsidenten der USA, George W. Bush. Dies brachte insbesondere Bill Clinton in Erklärungsnöte, da seine Administration bei der Durchsetzung des Plans die Situation so dargestellt hatte, als würde die Zeit enorm drängen (Crandall 2002: 166). Zudem wurde die einseitige Fokussierung auf Kolumbien kritisiert. Dies stellte für viele einen Angriffspunkt dar, zumal man schon in der Vergangenheit während der verstärkten Drogenbekämpfung in Peru und Bolivien die Verlagerung des Koka-Anbaus und der Drogenproduktion in Richtung Kolumbien beobachtet hatte.

Auch in Kolumbien selbst wuchs der Widerstand gegen den Plan. Zu den Kritikpunkten der internationalen Gemeinschaft, die auch im Land selbst auf ähnliche Art und Weise durch Menschenrechtsgruppen und soziale Organisationen geäußert wurden, trat die fehlende Legitimität des Plans hinzu. Problematisch war insbesondere, dass im Verlauf seiner Formulierung weder ein einziger Bürgermeister noch andere regionale Würdenträger mit einbezogen wurden. Niemand hatte den eigentlich am nächsten vor Ort arbeitenden Personen eine Möglichkeit zur Einflussnahme und zur Mithilfe bei der Formulierung der Maßnahmen geboten, obwohl diese ja hauptsächlich davon betroffen waren und einen guten Teil der Umsetzung zu leisten hatten. So herrschte auch auf diesen Ebenen die Meinung vor, der Plan sei Kolumbien von den USA aufgedrückt worden – mit den dementsprechenden Folgen für seine Legitimität (Crandall 2002: 167).

In den Vereinigten Staaten erkannte man diese vielfältigen Defizite. Deshalb wurde der Plan Colombia in der Planung der neuen Administration Bush für das Jahr 2002 als *Andean Counterdrug Initiative* (ACI) in die *Andean Regional Initiative* (ARI) eingebettet, die auch die Hilfen für sechs weitere Länder der Region (Peru, Bolivien, Ecuador, Brasilien, Panama, Venezuela) zusammenfasste. Der Plan Colombia wurde aus der offiziellen Namensgebung in den Hintergrund gedrängt. Die Bush-Administration präsentierte die ARI als eine Strategie mit drei Säulen: Vernichtung der Anbauflächen, Militärhilfen und alternative landwirtschaftliche Entwicklung.

Zu diesem Zweck beantragte die Bush-Administration im April 2001 für das Haushaltsjahr 2002 eine Finanzierung von insgesamt US\$ 882 Mio. Hiervon wurden nach Beratungen im amerikanischen Kongress schließlich 783 Millionen bewilligt. Rund die Hälfte davon (ca. 374 Millionen) war exklusiv für Kolumbien vorgesehen; davon 244 Millionen für das Militär und die Polizei, 130 Millionen für ökonomische und soziale Programme. In dieser Summe nicht enthalten waren allerdings die direkten militärischen Hilfen durch das US-Verteidigungsministerium (nochmals ca. 120 Millionen). Zählt man diese hinzu,

liegt der Anteil der US-Hilfen für das Militär und die Polizei im Jahr 2002 bei rund 75%. Zwar erreichte die Gesamtsumme schließlich mit US\$ 491 Mio. nicht mehr die Dimensionen der Jahre 2000-2001, allerdings war sie immer noch beachtlich und machte bei weitem den größten Anteil der US-Hilfen in der gesamten westlichen Hemisphäre aus (Isacson/Olson/Haugaard 2004: 11).

Der 11. September 2001 und der Plan Colombia: Von der Drogenbekämpfung zum Krieg gegen Terror

Nach den Terroranschlägen setzte sich in Washington bezüglich des kolumbianischen Konflikts mehr und mehr die Auffassung durch, dass die Drogenproblematik eng mit dem Bürgerkrieg Kolumbiens verwoben ist, diese zwei Bereiche nicht getrennt behandelt werden dürfen und zudem im Kontext einer globalen Terrorbekämpfungsstrategie gesehen werden müssen. Aus der *Narco-Guerrilla* wurde die *Narco-Terrorist Alliance*. Als erste Maßnahme setzte das State Department die FARC, den ELN und die AUC auf seine Liste internationaler Terrororganisationen, auf der sie vorher offiziell nicht gestanden hatten. Mitte des Jahres 2002 legte die Regierung von

Präsident Bush dem Kongress einen Antrag für mehr finanzielle Mittel zur weltweiten Terrorbekämpfung vor. In diesem Antrag fand sich eine Passage, die die Handhabung der kolumbianischen Problematik radikal verändern sollte. Dort stand geschrieben, dass alle in der Vergangenheit und heute geleisteten Militär- und Polizeihilfen an Kolumbien nun auch für eine große Kampagne gegen die Guerilla und die Paramilitärs genutzt werden dürfen.

Die erste Maßnahme, die diesen neuen Geist verdeutlichte und die US-Einmischung jenseits des „Kriegs gegen die Drogen“ erweiterte, war ein Plan zum Schutz der Caño Limón-Coveñas Ölpipeline im Nordosten Kolumbiens. Der Plan umfasste ein Finanzvolumen von US\$ 104 Mio. und begann gegen Ende des

Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA und Kolumbiens

„Die Vereinigten Staaten von Amerika führen einen Krieg gegen weltweit agierende Terroristen. Der Feind ist kein einzelnes politisches Regime oder eine Einzelperson oder eine Religion oder Ideologie. Der Feind ist der Terrorismus – vorsätzliche, politisch motivierte und gegen Unschuldige gerichtete Gewalt (...). Unsere erste Priorität ist die Zerschlagung und Zerstörung global agierender Terrororganisationen und der Angriff auf ihre Führung: Kommandostrukturen, Kontrolle und Kommunikation, materielle Unterstützung und Finanzierung. So werden die Planungs- und Operationsfähigkeiten der Terroristen lahm gelegt (...). Teile Lateinamerikas stehen regionalen Konflikten gegenüber, die insbesondere aufgrund der Gewalttätigkeit von Drogenkartellen und deren Mittätern entstehen. Dieser Konflikt und der uneingeschränkte Handel mit Drogen könnten die Gesundheit und Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährden. Daher haben die Vereinigten Staaten eine aktive Strategie entwickelt, um den Andenstaaten zu helfen, ihre Wirtschaft anzupassen, Gesetze durchzusetzen, Terrororganisationen zu zerschlagen und den Drogennachschub zu unterbinden, während in den Vereinigten Staaten daran gearbeitet wird, die Nachfrage nach Drogen im eigenen Land zu verringern, was nicht weniger wichtig ist.

In Kolumbien besteht eine Verbindung zwischen Terror- und Extremistengruppen, die die Sicherheit des Staates bedrohen. Ferner werden über den Drogenhandel die Operationen solcher Gruppen finanziert. Die Vereinigten Staaten unterstützen Kolumbien bei der Verteidigung demokratischer Institutionen und im Kampf gegen illegale, bewaffnete rechts- oder linksgerichtete Gruppen durch die Ausweitung effektiver Souveränität auf dem gesamten nationalen Territorium sowie bei der Schaffung grundlegender Sicherheit für das kolumbianische Volk.“

Quelle: NSS September 2002, <http://www.us-botschaft.de/germany-ger/img/assets/9436/nss.pdf>

Jahres 2002. Kernstück des Plans war die Entsendung von US-Spezialtruppen zum Training von zwei kolumbianischen Brigaden, die im Anschluss den Schutz der Ölpipeline übernehmen sollten (44% der Pipeline gehören einer Firma aus Los Angeles: *Occidental Petroleum*). Die Pipeline ist ein beliebtes Anschlagziel der Guerilla. Im Jahr 2001 gab es 179 Anschläge auf die Pipeline die auf diese Weise 220 Tage lahm gelegt wurde.

Der Politikwechsel in den USA fiel in Kolumbien auf fruchtbaren Boden. Anhaltende Entführungen und Kämpfe, gebrochene Versprechen sowie die mehrmalige Suspendierung der Friedensgespräche von Seiten der Regierung und der Guerillagruppen hatten bis zum Anfang des Jahres 2002 zu keinerlei Fortschritten in den schon drei Jahre andauernden Friedensverhandlungen geführt. Am 9. Januar 2002 verkündete Präsident Pastrana das Ende der Friedensgespräche und ließ am 10. Januar Truppen außerhalb der entmilitarisierten Zone zusammenziehen. Er gab dem Friedensprozess allerdings noch eine letzte Chance und erlaubte eine Vermittlung der Vereinten Nationen. Am 11. Januar traf James LeMoyné, Sonderbeauftragter für Kolumbien, in der entmilitarisierten Zone ein und begann mit Vermittlungsgesprächen. In der Folge konnte er mit Unterstützung kirchlicher Vertreter und ausländischer Botschaften eine Verlängerung für die entmilitarisierte Zone bis zum 10. April erreichen. Gleichzeitig wurde ein Dokument vorgelegt, welches einen groben Zeitplan für eine Waffenstillstandsvereinbarung bis zum 7. April vorsah.

Doch dazu sollte es nicht kommen. Am 21. Februar 2002 entführten die FARC ein Flugzeug und nahmen den Senator Jorge Gechem Turbay als Geisel. Turbay war das insgesamt fünfte Mitglied des kolumbianischen Kongresses, das seit Juni 2001 entführt worden war. Dies bedeutete das endgültige Ende des Friedensprozesses mit der größten Guerilla-Gruppe. Am nächsten Tag begann das kolumbianische Militär mit der Rückeroberung der entmilitarisierten Zone. Jegliche Hoffnung auf weitere Verhandlungen verschwand schließlich drei Tage später mit der Entführung von Ingrid Betancourt durch die FARC, Senatorin und Kandidatin der Grünen Partei für die im Mai 2002 anstehende Präsidentschaftswahl. Bis zum Mai wurden zudem die Friedensgespräche mit dem ELN abgebrochen.

Am Ende der Amtszeit Pastranas war die kolumbianische Bevölkerung desillusioniert und frustriert. Die Friedensgespräche hatten zu nichts geführt, die Aktivitäten der Guerilla hatten sich

sogar noch verstärkt und die Sicherheitssituation hatte sich verschlechtert. In dieser Situation wurde Álvaro Uribe zum neuen kolumbianischen Präsidenten gewählt. Seinen Wahlkampf hatte er mit dem Versprechen einer Politik der Stärke geführt, was in der Situation nach Pastrana den Nerv der Bevölkerung traf. Am 26. Mai 2002 gewann er die Wahl mit 53% der Stimmen. Er war der erste Präsident in der kolumbianischen Geschichte, dem dies gleich im ersten Wahlgang gelang.

Seine Hauptziele waren die Bekämpfung der Guerilla und der Paramilitärs sowie das Ende des Drogenhandels. Kernstück war dabei sein Konzept der „demokratischen Sicherheit“: Die Regierung sollte zuerst wieder die vollständige Kontrolle über das gesamte Land zurückerlangen, damit anschließend Verhandlungen aus einer Position der Stärke heraus geführt werden konnten. Verhandlungen sollte es zudem nur mit denjenigen Gruppen geben, die den Terrorismus aufgaben und einem Waffenstillstand zustimmten. Am 7. August 2002 trat er sein Amt an. Während der Einführungszeremonie schoss die FARC mehrere selbstgebaute Gaszylinderraketen in Richtung des Präsidentenpalastes ab, die aber alle ihr Ziel verfehlten und in einem benachbarten Wohngebiet einschlugen, wo sie mehrere Todesopfer forderten.

Zu seinen ersten Amtshandlungen gehörte die Ausrufung des nationalen Notstands. Dies brachte in manchen Teilen des Landes eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit mit sich und ermöglichte Verhaftungen ohne vorherigen Haftbefehl. Des Weiteren erhob er eine einmalige Kriegsteuer auf reiche Bürger und brachte die Ausbildung tausender „bäuerlicher Soldaten“ (junge Männer mit verkürzter Ausbildung zum Soldaten, die besonders in ländlichen Gebieten eingesetzt werden) auf den Weg. Neben der Aufstockung der Sicherheitskräfte trieb er auch die Einrichtung eines Netzwerks ziviler Informanten voran, indem die Kolumbianer dazu angehalten wurden, alle verdächtigen Vorgänge an die Polizeikräfte zu melden. Die neue Linie des „Kriegs gegen den Terror“ in den USA wusste er zudem geschickt für sich zu nutzen: Er bezeichnete die aufständischen Gruppen nun auch selbst bei jeder Gelegenheit als Terrorgruppen. Zusätzlich weitete er die Sprühaktionen der Koka-Felder nochmals massiv aus. Im Jahr 2002 wurden so rund 150.000 Hektar besprüht, im Jahr 2003 waren es schon über 200.000. Seit dem Jahr 2000 wurde so das Koka-Anbaugebiet halbiert. Für die USA ist Uribe heute einer der engsten Verbündeten in der Region.

In Kolumbien intensivierten sich in der Folge die Kämpfe mit den aufständischen Gruppen. Die FARC schreckte nun auch nicht mehr vor terroristischen Anschlägen in Großstädten zurück. Als Beispiel sei hier nur der Anschlag am 7. Februar 2003 mit einer Autobombe auf den Sozialclub „El Nogal“ in Bogotá genannt, bei dem 36 Menschen ums Leben kamen und 168 verletzt wurden (Leal 2004: 90ff.). Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten: Uribe hob, mit logistischer und finanzieller Unterstützung der USA, den „Plan Patriota“ aus der Taufe. Dabei handelte es sich um die größte militärische Offensive gegen die linksgerichtete Guerilla seit den 60er Jahren. Erste gezielte Schläge gegen Stellungen um Bogotá begannen im Sommer 2003, im Sommer 2004 wurde der Süden Kolumbiens, Hochburg der FARC, Operationsgebiet. Auch im Ausland ging die Regierung Uribe gezielt gegen FARC-Vertreter vor. In Ecuador wurde Ende 2003 das FARC-Führungsmitglied Simón Trinidad verschleppt. Im Dezember 2004 wurde Rodrigo Granda, außenpolitischer Sprecher der FARC, in Venezuelas Hauptstadt Caracas von bestochenen venezolanischen Militärs entführt und nach Kolumbien gebracht.

Durch den erhöhten Druck auf die linksgerichteten Guerilla-Gruppen zeigte die AUC im Dezember 2002 ihre Bereitschaft, in Friedensverhandlungen mit der Regierung einzutreten. Trotz einiger Rückschläge während des Prozesses verkündete die AUC am 13. August 2004, sie werde noch in diesem Jahr 90% ihrer Kämpfer (rund 20.000 Mann) entwaffnen. Uribes Planungen sahen die Demobilisierung bis Ende 2005 vor. Die Umsetzung der Entwaffnung ist allerdings derzeit ein sehr zäher Prozess, da viele der Kämpfer ein sehr niedriges Bildungsniveau bis hin zum Analphabetentum aufweisen, sehr arm sind und daher keine Alternativen zu ihrem paramilitärischen Soldatentum sehen. Schätzungen gehen von bisher etwa 2.600 demobilisierter AUC-Paramilitärs aus. Erschwerend kommt hinzu, dass es Diskussionen um die juristische Aufarbeitung der AUC-Verbrechen gibt. Im Kongress liegt ein entsprechendes Gesetzesvorhaben vor, das Uribe mit seinem Veto blockiert. Um die Entwaffnung voranzubringen, bat

Uribe auf einer internationalen Konferenz im Februar 2005 um finanzielle Unterstützung. Die potenziellen Geldgeber, vor allem aus Europa, verlangten aber ebenfalls eine juristische Aufarbeitung der Verbrechen.

Die massiven Hilfen der USA für Kolumbien sind auch in den Vereinigten Staaten nicht unumstritten. Ihre Befürworter führen an, Kolumbien sei eine befreundete Demokratie, die von starken militärischen Kräften von links und rechts bedroht werde. Überdies würden sich diese Kräfte zum Großteil aus Drogengeldern finanzieren. In einer solchen Situation könnten die USA nicht untätig zuschauen. Zudem sei mit der gewachsenen Bedrohung durch den internationalen Terrorismus eine Versorgung mit militärischen Hilfen sinnvoll, da so eine Verschlechterung der Situation für Kolumbien und seine Nachbarn verhindert werden könne. Die massiven Hilfen würden es dem Staat zusätzlich ermöglichen, die unkontrollierten Teile des Landes zurückzuerobern. Dies würde einen Wegfall der Bedrohung durch die Guerilla bedeuten und damit im gleichen Atemzug zu einem Verlust der Daseinsberechtigung der Paramilitärs führen, da diese sich ja ursprüng-

**Henry Kissinger: Die Herausforderung Amerikas.
Weltpolitik im 21. Jahrhundert, 2003: 101f.**

„Leider ist der ‚Plan Colombia‘ mit seiner Beschränkung auf ein fast ausschließlich militärisches Vorgehen zum Scheitern verurteilt. Um der kolumbianischen Regierung zu helfen, ihre Machtbefugnis über die von der Drogen produzierenden Guerilla beherrschten Gebiete wiederherzustellen, die Herstellungs- und Transportsysteme zu kontrollieren und den Dreieckskrieg mit der Guerilla und den paramilitärischen Truppen zu gewinnen, wird viel mehr benötigt als Kampfhubschrauber und eine Handvoll militärischer Einheiten, die einem amerikanischen Kurzlehrgang unterzogen werden. Die Drogenanbauer, zumeist Kleinbauern, müssen bessere Möglichkeiten bekommen, einen alternativen Ackerbau zu betreiben. Die Hilfe der Vereinigten Staaten für Kolumbien in dieser Hinsicht ist im Verhältnis zur Militärhilfe bisher äußerst bescheiden gewesen. Aber es ist gerade die wirtschaftliche Verzweiflung kolumbianischer Bauern, die sie zur leichten Beute der Drogenbarone macht (...). Unter diesen Umständen droht dem ‚Plan Colombia‘ das gleiche Schicksal, das Amerikas Engagement in Vietnam erst in die Sackgasse und dann zur völligen Frustration führte: Zu Beginn beschränken die Vereinigten Staaten ihr Engagement auf die Ausbildung und die Bereitstellung entscheidender militärischer Ausrüstung – in diesem Fall großer Kampfhubschrauber. Doch nachdem der Aufwand einen bestimmten Punkt überschritten hat, sehen sich die Vereinigten Staaten, um die Niederlage der lokalen Streitkräfte abzuwenden, in die sie so viel Prestige und Geld investiert haben, selbst zum Eingreifen gezwungen.“

Original 2001 unter dem Titel: Does America need a Foreign Policy? erschienen.

lich als Schutztruppen gebildet hatten. Insgesamt würde schließlich eine Vernichtung der Drogen dem Konflikt die Lebensgrundlage entziehen.

Die Gegner des Plan Colombia und der ARI argumentieren umgekehrt: Ein militärischer und repressiver Ansatz sei falsch, solange den Koka-Bauern keine wirkliche Alternative geboten würde. Durch verstärkte Besprühung und Zerstörung ihrer Felder würde man sie eher vom Staat entfremden und sie direkt den Guerilla-Gruppen in die Arme treiben. Sinnvoller wäre eine Erhöhung der ökonomischen und sozialen Hilfen, um dem Konflikt seine Hauptwurzeln zu entziehen – nämlich die ungleiche Einkommensverteilung und die Armut. Des Weiteren solle der Ansatz zur Drogenbekämpfung auf der Nachfrageseite liegen, beispielsweise durch eine Behandlung der Süchtigen in den USA und ein verstärktes Angebot an Programmen für sie. Nur durch eine Reduktion der Nachfrage könne der Anbau von Koka auf die Dauer weniger profitabel werden. Man solle lieber einen neuen Friedensprozess initiieren und unterstützen, anstatt einem Militär mit nachgewiesenen Verbindungen zu den paramilitärischen Gruppen immer größere Finanz- und Sachhilfen zukommen zu lassen. Schließlich verwenden die

Gegner der Hilfen auch oftmals die Furcht der US-Bürger gegenüber einem „neuen Vietnam“ als Argument gegen ein größeres US-Engagement. Exemplarisch sei hier die Kritik des ehemaligen Außenministers Henry Kissinger erwähnt (s. Kasten), die zeigt, dass auch konservative Beobachter diese Probleme sehen. Insgesamt ist aber die Kritik nach dem 11. September deutlich zurückhaltender geworden. Das Phänomen des „rally around the flag“, d.h. das Zusammenrücken politischer Entscheidungsträger in Krisenzeiten, von dem die Bush-Administration enorm profitierte, wirkte sich auch auf die Kolumbienpolitik aus. Zudem ist Lateinamerika nicht mehr im Brennpunkt des Interesses, sondern nur noch Nebenkriegsschauplatz im Krieg gegen den Terror. Die *hot zones* liegen derzeit im Nahen und Mittleren Osten sowie in Ostasien.

Ausblick

Die Hilfen der USA für Kolumbien haben sich seit dem Ende des Friedensprozesses und der Wahl des neuen Präsidenten Uribe weiter erhöht. Dies verdeutlicht eindrucksvoll die folgende Tabelle:

Tabelle 2: US-Hilfen an Kolumbien und die Region (2002-2005)

	2002	2003	2004	2005
Militär und Polizei (Kolumbien)	371,74	605,10	551,33	574,15
Ökonomie und Soziales (Kolumbien)	120,30	149,20	150,00	150,00
Gesamtsumme an Kolumbien	492,04	754,30	701,33	724,15
Gesamtsumme westliche Hemisphäre	1.644,05	1.889,35	1.804,45	1.780,76
Prozentualer Anteil Kolumbien	29,93	39,92	38,87	40,67

Quelle: Isacson/Olson/Haugaard 2004: 11, eigene Bearbeitung. Alle Angaben (außer Prozentwerten) in Millionen US-Dollar. Die Werte für 2004 sind Projektionen. Die Werte für 2005 beruhen auf den Anträgen der Bush-Regierung beim Kongress. Westliche Hemisphäre schließt regionale Programme, die östliche Karibik sowie die folgenden Länder ein: Argentinien, Bahamas, Belize, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Jamaika, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Surinam, Trinidad und Tobago, Uruguay, Venezuela.

Es lässt sich auch weiterhin deutlich das Übergewicht der Militär- und Polizeihilfen über die Zahlungen für ökonomische und soziale Programme erkennen. Erstaunlich ist auch die große Anzahl der vom US-Militär trainierten Personen. Für das Jahr 2003 übersteigen sie sogar die entsprechenden Zahlen für Irak und Afghanistan. Insgesamt setzt sich die mit dem ursprünglichen Plan Colombia begonnene Militarisierung der Hilfen weiter fort. Damit erhöht sich zwangsläufig die Verwicklung der USA in den internen Konflikt Kolumbiens.

Die Maßnahmen im Rahmen des ursprünglichen Plan Colombia laufen zwar offiziell im September 2005 aus, jedoch sieht es nicht so aus, als würde sich diese Entwicklung bald ändern oder gar umkehren: Im März 2004 traf sich Präsident Uribe in Washington mit Präsident Bush, wobei er deutlich seinen Wunsch nach einem „Plan Colombia II“ äußerte. Als erste Maßnahme beantragte Bush anschließend beim Kongress die Erhöhung der Truppenbegrenzungen von 400 auf 800 Soldaten sowie die der US-Angestellten von 400 auf 600. Ein gemeinsames Komitee von Re-

präsidentenhaus und Senat hat dem Vorschlag am 8. Oktober 2004 bereits zugestimmt. Die endgültige Bestätigung durch den Kongress der USA ist anschließend im Normalfall nur noch eine Formalität (Isacson 2004). Am 7. Februar 2005 stellte Bush seine Budgetplanungen für 2005-2006 vor. Darin sind unverändert hohe Zuwendungen an Kolumbien in Höhe von etwa US\$ 742 Mio. vorgesehen.

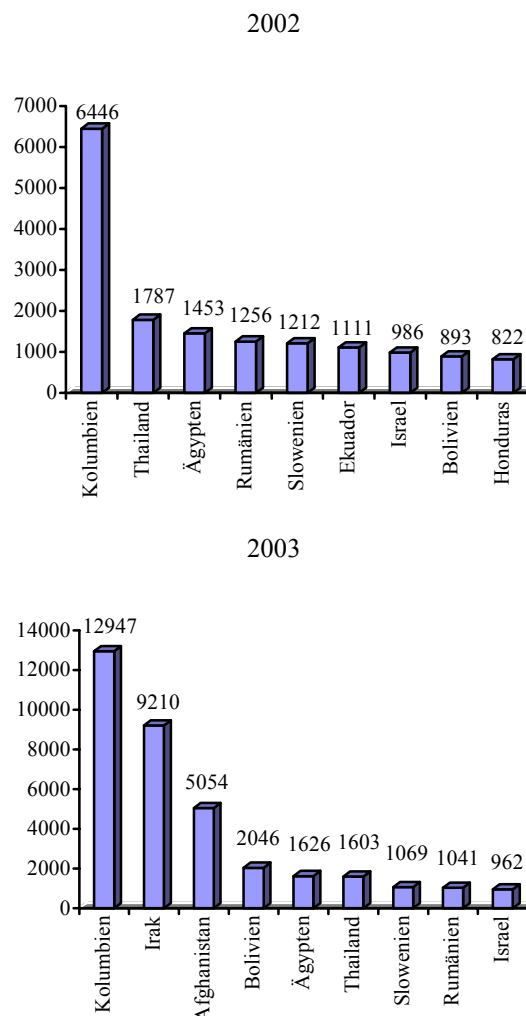
Präsident Uribe selbst genießt derzeit bei seinem Volk ein ungebrochen hohes Ansehen. Er ist seit Jahren der populärste Präsident und erhält bei Umfragen unter der Bevölkerung regelmäßig Zustimmungswerte von über 70%. Uribe versucht momentan eine Verfassungsänderung durchzusetzen, um nach 2006 für eine weitere Legislaturperiode kandidieren zu können. Die Verfassung Kolumbiens sieht diese Möglichkeit bisher nicht vor. Der Kongress hat bereits einer solchen Verfassungsänderung zugestimmt, das Votum des Verfassungsgerichts steht noch aus. Die obersten Richter haben bisher etliche Vorlagen Uribes aufgrund rechtlicher Bedenken abgelehnt, so dass deren Entscheidung offen ist.

Derzeit scheint die harte Linie im Drogenkrieg erste Erfolge zu zeigen. Die Gesamtfläche der angebauten Kokapflanzen konnte seit dem Jahr 2000 deutlich reduziert werden. Doch die Bauern sind erfinderisch und züchten immer resistenteren Arten der Kokapflanze. Zudem sind eine Abnahme der Größe der Pflanzungen sowie ihre Verlagerung an immer unzugänglichere Orte zu beobachten. Dies gestaltet die Besprühungen zunehmend schwieriger. Ein Anstieg des Konsumentenpreises von Kokain in den westlichen Ländern konnte trotz der Reduktion des Angebots bisher nicht beobachtet werden, was die Sprühaktionen überdies in Frage stellt.

Der Plan Colombia hat sich seit seiner ersten Erwähnung durch Präsident Pastrana bis zum heuti-

gen Tag als äußerst wandlungsfähig herausgestellt. Ursprünglich ein Entwicklungsplan als Zusatz zu Friedensverhandlungen gedacht, verwandelte er sich im Laufe seiner Formulierung zu einem von den Vereinigten Staaten kontrollierten Anti-Drogen-Instrument bis hin zu einem Mittel der Terroristenbekämpfung. Das Schicksal des Plan Colombia steht beispielhaft für eine zunehmende Verquickung und Überlagerung von Entwicklungspolitik durch Sicherheitspolitik, die zwar nicht erst seit dem 11. September 2001 zunehmend zu beobachten ist, die aber durch die Anschläge in New York und den Krieg gegen den Terrorismus beschleunigt wurde.

Grafik 3: Anzahl der vom US-Militär trainierten Personen



Quelle: Isacson/Olson/Haugaard 2004: 5.

Literatur

- Crandall, Russell (2001): Explicit Narcotization: US Policy Toward Colombia During the Presidential Administration of Ernesto Samper (1994-1998). Aufsatz für die Konferenz der Latin American Studies Association in Washington D.C., 6.-8. September 2001, S. 1-45.
- (2002): „Clinton, Bush and Plan Colombia“, in: Survival (International Institute of Strategic Studies), vol. 44, no. 1, Spring 2002, S. 159-172.
- Godoy, Horacio (2003): Plan Colombia's Strategic Weaknesses. Aufsatz für das 2003 Meeting der Latin American Studies Association in Dallas, Texas vom 27.-29. März 2003, S. 1-21.
- Isacson, Adam (2002): „After Plan Colombia: Why Doesn't Washington Learn from Failure in Colombia?“, in: Focal Point, vol. 1, no. 5, Dezember 2002, S. 3-4.
- (2004): Congress Doubles the Limit on U.S. Troop Caps in Colombia. Center for International Policy (CIP), 8. Oktober 2004, <http://ciponline.org/colombia/041008cap.htm> (abgerufen am 12.10.2004).
- /Olson, Joy/Haugaard, Lisa (2004): Blurring the Lines. Trends in U.S. military programs with Latin America. Latin American Working Group Education Fund (LAWGEF), Center for International Policy (CIP), Washington Office on Latin America (WOLA), September, S. 1-12. <http://ciponline.org/facts/0410btl.pdf> (abgerufen am 11.10.2004).
- UNODOC (United Nations Office on Drugs and Crime) (2004): World Drug Report 2004. http://www.unodoc.org/unodoc/world_drug_report.html.
- Worldbank (2002): Colombia Poverty Report. Weltbank, März 2002.

Weiterführende Online-Ressourcen

- CIP Colombia Project (Englisch): <http://www.ciponline.org/colombia> – Übersicht über das US-Engagement in Kolumbien zusammengestellt vom Center for International Policy in Washington.
- CODHES – Consultoria para los Derechos Humanos y el Desplazamiento (Spanisch): <http://www.codhes.org.co/> – Homepage rund um die Lage der Menschenrechte in Kolumbien.
- País Libre (Englisch, Spanisch): <http://www.paislibre.org> – Informationen und Statistiken zu Entführungen in Kolumbien.
- Plan Colombia-Homepage (Spanisch): <http://www.plancolombia.gov.co/> – Die offizielle Homepage der kolumbianischen Regierung zum Plan Colombia.
- Plancolombia.org (Englisch): <http://www.plancolombia.org/> – Inoffizielle Seite, eingerichtet von Gegnern der US-Anti-Drogenpolitik.

Autorennotiz:

Maximilian Kurz, Student der Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre der Universität Mainz, im Jahr 2003 Student an der Universidad de los Andes in Bogota sowie Praktikant bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kolumbien.

E-Mail: maximiliankurz@web.de

Dr. phil. Wolfgang Muno M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bereichs Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz. Arbeitsschwerpunkte: Internationale und Vergleichende Politik in Lateinamerika, Nord-Süd-Beziehungen, Lateinamerikapolitik der USA.

E-Mail: muno@uni-mainz.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Lektorat und Produktion: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>